



**FDP-Fraktion  
im Rat der Stadt Essen**

**Haushaltsrede am 30.11.2022  
zum Haushalt 2023**

**SPERRFRIST BIS NACH DEM ENDE DER  
GEHALTENEN REDE**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Fachbereichsvorstände,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,**

nach den pandemie-bedingten schwierigen Jahren hatten wir alle mit viel Optimismus gehofft, besseren Zeiten entgegensehen zu können.

Doch wir mussten uns leider eines Besseren belehren lassen. Hervorgerufen durch die Folgewirkungen des verbrecherischen, völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist auch unser gewohntes Leben in Frage gestellt worden. Wir befinden uns inmitten einer „Multikrise“.

Die Entwicklungen auf den Energieträgermärkten, die Inflation und die damit verbundenen Preissteigerungen für Energie und Lebensmittel bringen viele Haushalte an ihre Belastungsgrenzen.

Die Menschen in unserer Stadt haben Angst! Sie haben Angst davor, die Mehrbelastungen nicht mehr tragen zu können. Auch wenn wir hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Menschen nur bedingt helfen können, so müssen wir dennoch alles uns Mögliche tun, um den Bürgern unserer Stadt Sicherheit zu vermitteln und ihnen die Angst vor der Zukunft zu nehmen.

## **Haushalt 23**

Heute werden wir über den Haushalt des Jahres 2023 beraten und abstimmen. Ursprünglich sollte es ja ein Haushalt für die Jahre 23 und 24 werden. Aufgrund der kaum vorhersehbaren Ereignisse der letzten Monate hat die Verwaltung jedoch beschlossen, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen und legt uns nun einen einjährigen Haushalt zur Beratung und Abstimmung vor.

Diese Entscheidung war absolut richtig und wir begrüßen sie. Unter den heutigen Bedingungen über einen Doppelhaushalt zu entscheiden, wäre aufgrund der jetzigen fragilen Situation unverantwortlich und wenig sinnvoll.

Unser Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp und sein Team haben es trotz diesen so unruhigen Zeiten geschafft, uns erneut einen ausgeglichenen Haushalt

vorzulegen. Dafür gebührt ihnen zunächst einmal ein großer Dank und Anerkennung.

Bereits bei der Haushaltseinbringung jedoch mahnte Gerhard Grabenkamp mit den Worten: „**Es braut sich ein Sturm zusammen, der unseren eingeschlagenen Kurs solider Finanzen in den nächsten Jahren auf eine sehr harte Probe stellen wird!**“ Genau an diese Mahnung wollen wir anknüpfen und insbesondere auf die dem Haushalt drohenden Gefahren nachdrücklich hinweisen.

Dramatische Entwicklungen in der Ukraine und in anderen Teilen der Welt, höhere Tarifabschlüsse, in der Höhe nicht verlässliche Gewerbesteuererinnahmen, steigende Energie- und Baukosten sowie teurere Liquiditätskredite sollten uns hellhörig und vorsichtig machen. Wir müssen unser Augenmerk auf die Ausgaben richten und uns auf unsere Kern-, ja – Pflichtaufgaben, konzentrieren. Spielräume für die Verwirklichung von Prestigeobjekten oder das Erfüllen rein ideologisch motivierter Wahlkampfversprechen sehen wir Freie Demokraten nicht.

Aus diesem Grund war und ist es auch heute für uns absolut unverständlich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, sowohl im vergangenen Jahr als auch heute wieder viele, zum Teil ideologisch motivierte Anträge gestellt haben oder stellen werden, die Sie heute dank Ihrer Mehrheit durch dieses Gremium bringen werden. Das ist einfach unseriös und belastet unseren auf den letzten Knopf genährten Haushalt durch den Bau überflüssiger Traumschlösser. Auch Sie wissen nur zur gut, dass der ausgeglichene Haushalt, so wie er heute aufgestellt ist, bereits wenige Wochen nach dessen Verabschiedung Makulatur sein könnte!

Unsere Mahnung zu einer stringenten Haushaltsführung bleibt also auch für den neuen Haushalt weiterhin bestehen. Unser Ziel ist und bleibt eine generationengerechte und solide Haushaltspolitik.

Der Haushalt für das kommende Jahr hat ein Volumen von gut 3,6 Mrd. Euro und liegt damit gut 281 Millionen Euro höher, als der Haushalt dieses Jahres. Dass dieser Haushalt allerdings nur eine Momentaufnahme und über alle Geschäftsbereiche hinweg fragil ist, wissen wir alle nur zu gut. Er wird noch nicht einmal für ein ganzes Jahr 2023 einzuhalten sein, denn die Höhe der tatsächlich kommenden Belastungen, wie bereits erwähnt, sind nicht vorhersehbar und

im Haushalt dermaßen optimistisch angesetzt, dass sie keinem realistisch angesetzten Stresstest standhalten werden können.

Hier möchte ich auf einige Punkte, die uns als Vertreter der FDP in Essen besonders wichtig sind, gerne eingehen:

## **Steuerpolitik**

Das ist zum Beispiel die Steuerpolitik. Wie in den vergangenen Jahren auch beantragen wir heute, die Hebesteuersätze Grundsteuer A und Grundsteuer B sowie der Gewerbesteuer um jeweils fünf Prozent zu senken.

Wir sind davon überzeugt, dass wir damit ein eindeutiges Signal senden, welches auch unsere Wirtschaftsförderung, die EWG, schon lange fordert, um Essen als prosperierenden Wirtschaftsstandort positionieren zu können. Weitere Unternehmen würden sich in Essen ansiedeln. Die dadurch zu erwartenden Maßnahmen würden die Mindereinnahmen mehr als nur ausgleichen.

Ganz aktuell will unsere Nachbarstadt Duisburg die Hebesätze senken und hat dafür bereits großes Lob sowohl von verschiedenen Wirtschaftsverbänden, als auch vom Bund der Steuerzahler erhalten. Im Allgemeinen geht man davon aus, dass eine solche fiskalische Maßnahme eine starke Signalwirkung in Richtung der Wirtschaft entfaltet und zur verstärkten Ansiedlung im Ruhrgebiet führen könnte.

Ebenso, und das ist uns genauso wichtig, würden wir durch den verminderten Steuersatz viele mittelständische Unternehmen, die in Folge der gestiegenen Energiepreise und der inflationsbedingt gestiegenen Produktions- und Personalkosten in massive Schwierigkeiten geraten sind, wirksam entlasten können.

## **Klima- und Umweltschutz**

Die Themen Klima-, Umweltschutz und die damit verbundenen Folgen für die Menschen sind Jahrhundertaufgaben, die uns noch auf Jahrzehnte in diesem Rat beschäftigen werden und beschäftigen müssen. So haben wir der Vorlage zum SECAP in dem Wissen zugestimmt, dass gerade die dort genannten Projekte und Maßnahmen mit zu den wichtigsten Aufgaben und größten Herausforderungen gehören werden, die wir als Stadtgesellschaft zu bewältigen haben. Dennoch

werden wir nicht alle Maßnahmen, die innerhalb des SECAP-Programms zur Abstimmung gebracht werden, vorbehaltlos mittragen. Wir werden uns alle Vorlagen und Anträge ganz genau ansehen und streng sachbezogen entscheiden.

Ja, wir befürworten einen konsequenten Klimaschutz auf allen politischen Ebenen, bekennen uns aber gleichzeitig zu den Prinzipien der Eigenverantwortung und Verhältnismäßigkeit und lehnen Verbotspolitik, wie auch Formen der Konditionierung und Eingriffe in den privaten Raum unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ab. Neben vielen sinnvollen Ideen, Vernetzungsmöglichkeiten und Informationskampagnen strotzen jedoch bereits jetzt die SECAP-Steckbriefe vor städtischer Regulation und einem Menschenbild, welches gerade Unternehmer und Unternehmerinnen sowie Bürger und Bürgerinnen, als uninformiert darstellt. Nicht Verbote oder erziehungspolitische Maßnahmen, wie die künstliche Verknappung von Parkraum, machen uns stark, sondern eine gemeinsame Perspektive hin zu einer Mobilität, die nachhaltig und sozialverträglich ist.

Ich möchte heute nicht weiter auf das Thema SECAP im Detail eingehen, weise aber exemplarisch auf das Gesamtvorhaben hin, Essen bis zum Jahr 2030 über alle Bereiche hinweg klimaneutral zu gestalten.

Dieses Ziel und der gleichlautende Beschluss sind an sich schon eine Farce, wissen wir doch alle, dass nur relativ wenige städtische Gebäude in den kommenden Jahren klimaneutral saniert werden können. Von einer Gesamtertüchtigung sind wir meilenweit entfernt.

Wir müssen unsere materiellen und personellen Ressourcen prioritär und sinnvoll einsetzen. Hier gilt es, Schritt für Schritt zu gehen und die von uns identifizierten gravierenden Missstände, die unserer uneingeschränkten Aufmerksamkeit bedürfen, zum Beispiel im Bereich Schule und Bildung, der Beseitigung zuzuführen.

## **Schule und Bildung**

Wir Liberalen sehen den Bildungsauftrag als eine der wichtigsten Aufgaben an, die wir als Kommune zu lösen haben. Allerdings sind wir derzeit von der Lösung dieser Aufgabe weit entfernt. Es fehlt nicht nur an Personal, es fehlt ebenso an Schulraum. Alleine im Grundschulbereich fehlen bereits heute acht Grundschulen und ganz tagesaktuell über 250 Schulplätze.

Es darf keinesfalls dazu kommen, dass wir in naher Zukunft nicht in der Lage sein werden, allen Kindern einen adäquaten Platz zum Lernen in unserer Stadt anbieten zu können.

Um die Defizite auszugleichen, brauchen wir neue, moderne und mit den besten Konzepten ausgestattete Schulen. Doch wir wissen sehr genau, dass von Planungsbeginn bis Einweihung einer neuen Schule heute über zehn Jahre ins Land ziehen. Genehmigungsverfahren und Ausschreibungen dauern einfach zu lange. Hier müssen wir dringend ansetzen: Was die Verwaltung beeinflussen kann, sind die Genehmigungsverfahren. Diese müssen verkürzt werden. Deswegen fordern wir, jetzt schnell alle politischen Maßnahmen in Gang zu setzen, damit diese langwierigen Verfahren verkürzt werden können. Schulneubauten, Schulerweiterungen und Schulrenovierungen sind zu priorisieren.

Wir Freie Demokraten fordern daher weiterhin eine ganzheitliche Betrachtung des Gebäudebestandes. Es muss Schluss damit sein, zunächst Teilsanierungen an Gebäuden durchzuführen, die am Ende doch in einem Neubaubedarf münden – machen wir Schluss mit kaufst Du billig, kaufst Du zweimal. Das sind wir unseren Kindern und Kindeskindern schuldig.

Wir sprechen uns dafür aus, qualitativ wertvolle Strukturen zu schaffen und zu erhalten. Die Schulbauleitlinien sind natürlich auch bei Sanierungen zu beachten. Grundsätzlich sind Neubauten, wie beispielsweise die Gesamtschule Bockmühle, der angestrebte Maßstab im Schulbau. Dafür müssen wir mehr öffentliche Finanzmittel zur Verfügung stellen oder weitere öffentlich-private Partnerschaften ausbauen.

## **OGS**

Es war folgerichtig, den langwierigen Prozess der Überleitung städtischer Mitarbeitender hin zur Jugendhilfe Essen gGmbH abzuschließen und damit den offenen Ganzttag schwerpunktmäßig in die Hände der Stadttochter zu legen.

Und obwohl in Essen noch immer mehr als 1000 Betreuungsplätze im Kitabereich fehlen, sehen wir uns bereits jetzt mit dem Rechtsanspruch auf einen offenen Ganztagsplatz mit einer neuen, nahezu unerfüllbaren Pflichtaufgabe konfrontiert. Wer glaubt, wir könnten dem sukzessiven Rechtsanspruch ab 2026 nachkommen,

weiß weder um Schulraumbedarf noch um den Fachkräftemangel im Bildungssystem.

Nach Aussage aller Verantwortlichen im Bereich der frühkindlichen Bildung konnte uns der rasante Kitausbau überhaupt nur deshalb gelingen, weil wir in Essen sehr erfolgreich Trägerpluralität vorgelebt haben. Umso verwunderlicher ist es, dass die „Gestaltungskoalition“ diese Mammutaufgabe künftig allein der Eigenregie öffentlicher Träger überantworten möchte. Unter Gestaltung verstehen wir etwas anderes.

Machen wir uns doch mal ehrlich: Wir werden den OGS-Rechtsanspruch aufgrund fehlender Köpfe und Steine selbst unter Einbeziehung freier Träger nicht erfüllen können; aber wir werden diese Herausforderung sehr viel besser gemeinsam mit bewährten Partnern und auf mehrere Schultern verteilt meistern!

Ziel muss sein, unseren Kindern beste Bildung zukommen zu lassen – trotz aller Herausforderungen und Unwägbarkeiten. Sofern wir die Weichen rechtzeitig stellen, ergeben sich für den offenen Ganztagsausbau noch Gestaltungsmöglichkeiten. Von einer „Gestaltungskoalition“ darf dabei aber mindestens die scheuklappenfreie Prüfung einer anderorts erfolgreichen Praxis erwartet werden.

Ich fordere Sie auf: Tun Sie dies jetzt! Stellen Sie die Weichen für den Rechtsanspruch und folgen unserem Antrag zur Prüfung der Einbeziehung freier Träger!

## **Grün und Gruga**

Für den Aktionsplan SECAP wurden insgesamt 190 Mio. Euro etatisiert. Inkludiert ist darin auch das Parkentwicklungskonzept für den Grugapark, der in wenigen Jahren 100 Jahre alt wird, und die Planungsleistungen der IGA-Projekte für das Jahr 2027.

Wir unterstützen dieses Konzept und freuen uns, dass Grün und Gruga im Stellenplan mit 21,5 zusätzlichen Stellen bedacht wird.

Wir weisen heute gerne nochmals darauf hin, dass wir die Gastronomiebetriebe im Grugapark nicht vergessen dürfen. Insbesondere für die Orangerie sehen wir dringenden Handlungsbedarf.



Wichtig bei der Neuplanung und -konzeption ist für uns, dass die Gastronomiebetriebe auch von außen zugänglich sein müssen. Nur so sind die Betriebe langfristig überlebensfähig.

## **Personalpolitik**

Laut Beigeordneter Annabelle Brandes ist das Thema Personal in unserer Stadt mit einer „Großbaustelle“ zu vergleichen. Es fehlt der Stadt Essen schon heute und absehbar auch perspektivisch an qualifiziertem Personal. Dieses zu finden und im Konzern Stadt auch zu halten, stellt sich als ein großes Problem heraus.

Um die Verwaltung auch in Zukunft leistungsfähig zu erhalten und die massiven Personalprobleme in den Griff zu bekommen, fordern wir, die Personal-Aufbauorganisation und die erforderliche Aufbau-Strategie in Form der Balanced-Scorecard-Methodik zu erfassen.

Zudem erachten wir die gezielte Ansprache von älteren und erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit dem Ziel der Arbeitszeitverlängerung als zwingend erforderlich. Hierdurch kann die demographische Baustelle, die auf diese Stadt zukommt, verkleinert und idealerweise können auch noch zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen werden. Generell machen wir uns stark für eine Ausweitung der Ausbildungsplätze im Konzern Stadt. Hierbei können insbesondere erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die kurz vor der Pension stehen oder bereits pensioniert wurden, ein Schlüssel zum Erfolg darstellen.

Heute allerdings sind wir zunächst froh und begrüßen es sehr, dass laut Stellenplan im kommenden Jahr 239 Stellen neu geschaffen und nach Möglichkeit besetzt werden. Gerade die Feuerwehr und das Jugendamt werden am meisten von den Personalzuwächsen profitieren.

## **Feuerwehr und Katastrophenschutz**

Wie gerade bereits erwähnt, erachten wir es als sehr wichtig, dass die Feuerwehr im kommenden Jahr rund 3,4 Mio. Euro für knapp 100 neue Stellen bekommen wird. Dieses zusätzliche Personal wird dringend für die Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans benötigt. Ebenso tragen wir gerne mit, dass das



Investitionsvolumen für die technische Ausstattung und für den Erwerb von Grundstücken zum Bau neuer Feuerwachen in den Jahren 2023 bis 2026 um insgesamt 45,7 Mio. Euro erhöht wird.

Diese Investitionen sind notwendig, um die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr in der Zukunft zu erhalten. Die Politik ist in der Pflicht, höhere Haushaltsmittel zur Gefahrenabwehr und -vorbeugung in den Haushalt einzustellen.

## **Digitalisierung**

Leider hat die Digitalisierung in Essen noch längst nicht das Tempo aufgenommen, das erforderlich ist, um unsere Stadt in die Spitzengruppe von Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu befördern. Ebenso ist die Digitalisierung in Essen noch meilenweit von dem entfernt, was der Gesetzgeber gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) einfordert, denn bis Ende dieses Jahres müssten 575 Dienstleistungen komplett online verfügbar sein.

Diesem Ziel hängt Essen ganz weit hinterher. Verschafft man sich einen Überblick über alle Dienstleistungen, die unsere Stadt bis Ende des Jahres digital hätte anbieten müssen, liest man überwiegend „NOCH NICHT AKTIV“.

Ich will hier nur ein Beispiel nennen: Laut OZG haben viele Dienstleistungen, die beispielsweise das Straßenverkehrsamt anbietet, wie Fahrerlaubnis beantragen, oberste Priorität, digital angeboten zu werden. In Essen gibt es dieses digitale Angebot noch nicht! Stattdessen herrschen gerade im eben genannten Straßenverkehrsamt weitestgehend katastrophale Zustände mit langen Wartezeiten.

Deswegen nehme ich gerne hier und heute unseren Oberbürgermeister Thomas Kufen beim Wort, der unter Punkt 5 in seiner Haushaltsrede vor zwei Monaten ausführte, dass die Stadt weiter verstärkt in eine bürgernahe Stadtverwaltung investieren wird. Bürgernahe Verwaltung heißt für uns in erster Linie auch digitale Verwaltung. Für uns als FDP-Fraktion ist entscheidend: Die Digitalisierung muss bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen und wahrgenommen werden.

Essen hat zumindest, dank Frau Brandes, mittlerweile eine Digitalisierungsstrategie. Wir hoffen sehr, dass diese dynamische Strategie jetzt schnellstmöglich umgesetzt wird und wir im kommenden Jahr weitere Ergebnisse sehen werden.

## Verkehr und Mobilität

Der Haushalt 2023 offenbart es: Der Etat für das Amt für Straßen und Verkehr wird um fast 21 Mio. Euro gekürzt. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass sich der Zustand unserer Straßen und Gehwege, der in sehr vielen Bereichen wahrlich kein guter ist, noch weiter verschlechtern wird.

Deswegen fordern wir ganz klar, den RadEntscheid in Teilen erst einmal zurückzustellen und die hier frei werdenden Mittel in Höhe von über 12 Mio. Euro für das kommende Jahr für Straßen- und Gehwegsanierung sowie für die Planung und den Bau von Schulen und Feuerwachen einzusetzen.

Wir stehen für eine Aufwertung der verkehrsintensiven Infrastruktur „ohne“ Berücksichtigung des Modal-Splits. Den Modal-Split als Ziel haben wir seinerzeit **nicht** mitgetragen und tun dies, wie weite Teile der Bevölkerung, auch heute nicht. Ungeachtet dessen sind wir überzeugt, dass der ÖPNV schnellstens und massiv ausgebaut werden muss.

Wir fragen uns nur, wie das finanziert werden soll?

Mit 80 Mio. Euro wird der städtische Haushalt die Ruhrbahn unterstützen. Das aber wird nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Die Kosten für neue Busse und Bahnen, für neue Wasserstofftechnik und den Ausbau der Infrastruktur werden die Ruhrbahn und die Stadt Essen nicht alleine tragen können. Hier muss mehr vom Land und vom Bund kommen – an letzterem arbeiten wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern an verantwortlicher Stelle in Berlin.

Und wenn wir schon beim Ausbau des ÖPNV sind, so fordern wir heute, dass die Trasse der neuen Citybahn direkt bis zum Stadion an der Hafenstraße verlängert wird. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre eine nachhaltig sinnvolle Maßnahme und ein wertvoller Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität.

Für wichtig halten wir insbesondere, sich erneut mit dem Thema Ruhrallee-Tunnel und dem Weiterbau der A 52 (Durchstreckung) zu befassen. Schon heute staut sich der Verkehr an der ersten Ampel am Annental direkt am Ende der A 44 und das Verkehrsaufkommen ist für die angrenzenden Stadtteile kaum tragbar. Die Heisinger Straße, die Langenberger Straße und die Hammerstraße in Richtung

Werden sind verkehrstechnisch bereits komplett überlastet. Nur durch eine neue Infrastruktur können wir die Verkehrsprobleme im Essener Stadtgebiet vom Süden bis zum Norden und insbesondere der Gladbecker Straße in den Griff bekommen. Gleichzeitig können wir so adäquaten Raum für innerstädtische Autofahrer, Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV schaffen – und dieses im Miteinander, statt im Gegeneinander der Verkehrsträger, wie es der Modal-Split bzw. die hiesige Umsetzung bisher vorsieht!

Wir sprechen uns entschieden gegen eine flächendeckende Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h auf innerstädtischen Straßen aus. Andere Städte, wie zum Beispiel Freiburg, liefern hier klare Negativbeispiele. Dort sind bei einer stadtweiten Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h Staus und chaotische Zustände auf den Straßen an der Tagesordnung.

## **Bauen, Planen und Wohnen**

Voller Spannung warten wir auf das neue Hochhausentwicklungskonzept, das Planungsdezernent Martin Harter für dieses Jahr angekündigt hat. Dieses Konzept wird wichtig für die Weiter- und Neuentwicklung unserer Stadt und insbesondere auch Innenstadt sein. Doch dieses reicht nicht aus – wir brauchen ein gesamtstädtisches Stadtentwicklungskonzept, mit dessen Hilfe wir den Konkurrenzkampf um Flächen, zwischen Schule, Feuerwachen, Wohnungsraum und Gewerbeflächen besser steuern können.

Laut Wohnungsmarktbericht aus dem Jahr 2020 benötigen wir bis zum Jahr 2030 ca. 16500 zusätzliche Wohnungen in der Stadt. Nicht enthalten in dem Bedarf sind die Folgen gewesener und künftiger Flüchtlingsströme. Auf das Jahr umgerechnet müssten so in Essen jährlich ca. 2000 neue Wohnungen entstehen. Im vergangenen Jahr sind in Essen allerdings nur 941 Wohnungen durch Neubau und weitere 244 durch den Umbau bereits bestehender Gebäude fertiggestellt worden. Das reicht nicht aus, um den prognostizierten Bedarf zu decken.

Das liegt sicherlich auch daran, dass langwierige Planungs- und Bauantragsverfahren die Schaffung von neuem Wohnraum erschweren. Als Beispiel nenne ich gerne das Megaprojekt Essen 51. Hier wartet die Thelen-Gruppe als Investor noch immer auf fällige Baugenehmigungen.

Aus diesem Grund fordern wir heute nochmals in aller Dringlichkeit dazu auf, Planungsverfahren zu verkürzen und Bauanträge schneller zu bearbeiten.

## Kultur

Im Kulturbereich steht Essen nach wie vor für ein breites Angebot sowohl in der Hochkultur und Klassik als auch in der freien Kulturszene. Philharmonie, Theater, Tanz, Oper und Ballett sind genauso Aushängeschilder unserer Stadt, wie das Folkwang-Museum oder die vielen kleinen Bühnen und Ateliers. Unsere vielfältigen Kultureinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt in unserer Stadt. Sie bringen Menschen aller Schichten und Milieus zusammen und sorgen mit dafür, dass man Essen als eine lebenswerte Stadt erlebt.

Trotz der Einschränkungen, kein geregelter Spielbetrieb während der Pandemiezeit, stellt es sich als erfreulich heraus, dass die TUP aufgrund von Kurzarbeit einen beträchtlichen Teil der städtischen Förderung einsparen konnte und so ca. 8 Mio. Euro an den Kämmerer zurückgeführt hat.

Wir wollen die kulturelle Vielfalt in unserer Stadt erhalten. Aus diesem Grund fordern wir, dass 50 Prozent der von der TUP eingesparten Gelder zusätzlich zurück an die TUP geht, damit sie die schwierige **„Nach-Corona-Anfangszeit“** sorglos bewältigen kann.

## Sport

In Bewusstsein der herausragenden ehrenamtlichen Arbeit und der sportlichen Leistungen in den Sportvereinen unserer Stadt, verdienen diese und ihre aktiven Mitglieder unsere uneingeschränkte Wertschätzung und für die erfolgreiche Fortführung ihrer Arbeit eine angemessene Unterstützung.

Deshalb stehen auch im nächsten Haushaltsjahr große Investitionen im Sport an, die wir sehr unterstützen. Aktuell dürfen wir aber nicht die gestiegenen Energiekosten außer Acht lassen. Diese Kosten werden die Vereine besonders belasten, Einstellungen von Vereinstätigkeiten sind nicht ausgeschlossen. Sollten die Vereine an ihre Grenzen stoßen, so fehlt unserer Stadt ein Rettungsschirm, der die ehrenamtliche Arbeit unserer Vereine sichern würde.

Schade, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Gestaltungscoalition, unseren gemeinsamen Antrag mit der SPD, „Vereine in der Energiekrise unterstützen“, nicht mitgetragen haben.

Im Essener Westen haben wir mit der Eissporthalle ein Gebäude mit enormen Energiekosten. Um das Ziel zu erreichen, diesen wunderbaren Ort trotz der gestiegenen Kosten für den Eissport zu erhalten, muss die Anlage dringend energetisch saniert werden.

In diesem Zusammenhang warten wir immer noch auf die genauen Daten zum Zustand der einzelnen Gebäude auf unseren Sportanlagen. Auch hier könnten gezielte energetische Sanierungen den Vereinen eine Hilfe sein.

Es bleibt also auch im Sport noch viel zu tun und wir wollen lieber heute als morgen damit anfangen!

Zum Ende möchte ich mich nochmals bei unserem Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp, der gesamten Kämmerei sowie bei den Geschäftsbereichsvorständen und ihren Teams für die intensive Arbeit rund um die Haushaltsaufstellung und Haushaltsberatung bedanken.

Glück auf!